

ödp

Ökologisch-Demokratische Partei

ÖDP Nürnberg / Thomas Schrollinger · Jauerstr. 33 · 90473 Nürnberg

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
 Herrn Dr. Ulrich Maly
 Rathaus
 Rathausplatz 2
 90403 Nürnberg

AR u. Finanz A

OBERBÜRGERMEISTER

19. FEB. 2014 / Nr.

II	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
III / VII	2 z.w.V.	4 Antwort vor Ab- sendung vorliegen
		5 Antwort zur Unter- schrift vorliegen

per Fax ✓

Konze: Maly
 Nürnberg, 18.02.2014

EU/USA-Freihandelsabkommen und kommunale Interessen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der für das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA vorge-
 sehene Investorenschutz könnte erhebliche Gefahren für den Fortbestand kommunal-
 er Aktivitäten wie Wertstoffwirtschaft, Trinkwasserversorgung und Betrieb von
 eigenen Kliniken bringen. Es könnte als Behinderung global operierender Konzerne
 gewertet werden, dass deutsche Gesetze und Verordnungen die Kommunalwirt-
 schaft schützen. Auch die für unsere regionale Landwirtschaft typischen Familien-
 betriebe könnten durch das Freihandelsabkommen geschädigt werden, weil bislang
 geltende Verbraucherschutzregeln abgeschafft oder abgeschwächt werden könnten
 und dann Nahrungsmittel aus der eher industriell geprägten US-Agrarwirtschaft
 verstärkt Zugang zu den europäischen Märkten erhalten würden.
 Es ist deshalb wichtig, dass sich die Kommunen rechtzeitig in den Prozess der Ver-
 handlung einbringen und ihre Interessen deutlich vortragen.
 Deshalb stelle ich für die ÖDP zur Behandlung im Stadtrat bzw. im zuständigen
 Ausschuss folgenden

ANTRAG:

1. Die Verwaltung berichtet, wie sie Bemühungen der EU beurteilt, ein Frei-
 handelsabkommen mit den USA zu erreichen. Insbesondere ist dabei dar-
 zustellen, ob durch ein solches Abkommen und insbesondere durch den
 geplanten „Investorenschutz“ die Interessen der kommunalen Wertstoffwirt-
 schaft, der Erhalt der kommunalen Trinkwasserversorgungen und die Zu-
 kunftschancen der kommunalen Kliniken berührt sein könnten.
2. Insofern dieser Prüfauftrag die Zuständigkeit unserer Verwaltungsressorts
 übersteigen sollte, soll dieses Anliegen an den Deutschen Städtetag wei-
 tergeleitet werden mit der Vorgabe, dort in geeigneter Form die Auswirkungen
 des Freihandelsabkommens auf die Kommunen und die oben genann-
 ten kommunalen Einrichtungen beurteilen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Schrollinger
 Stadtrat der ÖDP

„Die Welt hat genug
 für jedermanns
 Bedürfnisse,
 aber nicht für
 jedermanns Gier.“

Mahatma Gandhi

